



Gestärkt für Lichtenberg!

von Manfred Becker, Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Wir hätten ihn schon gern gehabt: einen sozialdemokratischen Lichtenberger Bezirksbürgermeister Andreas Geisel! Und nach dem Wahlergebnis vom 17. September 2006 war eine solche Zielstellung durchaus realistisch.

Nur bedurfte es zu ihrer Realisierung des Zustandekommens eines Wahlbündnisses (Zählgemeinschaft) zwischen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, um die Linkspartei.PDS bei der Bürgermeisterwahl zu überstimmen, die stärkste Fraktion in der BVV geblieben war. Leider konnte sich die 3-Personen-Fraktion der Grünen untereinander nicht auf dieses Verhalten einigen, so dass wir Sozialdemokraten davon Abstand nehmen mussten. Leicht wäre es aber für einen sozialdemokratischen Bürgermeister gewiss nicht geworden gegen vier Stadträte der Linkspartei.PDS, und eine Dauerkonfrontation der beiden großen Fraktionen ziemlich wahrscheinlich gewesen. Aber das hätten wir ausgehalten.

Stärkere Differenzierung der Bezirksverordnetenversammlung

Zu einer der beiden großen Fraktionen haben uns in der Tat die Wählerinnen und Wähler gemacht. Nach der PDS mit 23 Sitzen rangieren wir um 4 Sitze verbessert mit 17 an zweiter Stelle mit großem Abstand zu den Kleinen: CDU mit 5,

Bündnis 90/Die Grünen sowie die NPD mit je 3 gerade noch in Fraktionsstärke, die FDP und die WASG mit je 2 Mandaten. Die Wahlen haben die BVV stärker differenziert. Aus einer bisherigen Sitzverteilung auf 4 Parteien ist eine auf nunmehr 7 geworden. Und für sämtliche gilt, dass sie sich in einer veränderten Situation befinden: Die Grünen, NPD und

erhöhtem Selbstbewusstsein die neue Wahlperiode an.

Vereinbarung mit der Linkspartei.PDS

Nachdem nun ein sozialdemokratischer Bürgermeister nicht zu realisieren war, musste als Alternative eine Kooperations-

vereinbarung mit der Linkspartei.PDS ins Auge gefasst werden. Ungern für manche von uns und nicht leichten Herzens.

Nach harten Verhandlungen musste uns die PDS das Ressort mit den größten Gestaltungsmöglichkeiten - Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr - für Andreas Geisel abtreten. **Kerstin Beurich**, unsere hinzu gewonnene zweite Stadträtin, erhielt mit Schule und Sport sowie Soziales herausfordernde Aufgabenfelder.

Die in der Vereinbarung fixierten Grundsätze und Ziele offenbaren ein

beachtliches Maß an Kongruenzen. Beispielhaft seien hier als **Zukunftsprojekte** genannt:

- (1) Nachnutzung des Kaufhauses am Anton-Saefkow-Platz und Klärung der Perspektive für die seit Jahren leerstehenden Seeterrassen.
- (2) Unterstützung von Zwischennutzungs- und Nachnutzungsprojekten für leerfallende Flächen und Bausubstanz.
- (3) Zügige

Fortsetzung auf Seite 2



Die SPD-Fraktion Lichtenberg (VI. Wahlperiode) – hintere Reihe von links nach rechts: Erik Gührs (stv. Vorsitzender), Gerrit Deutschmann, Ole Kreins, Jutta Feige (Schriftführerin), Dirk Liebe, Boris Schymetzko (Geschäftsführer) – mittlere Reihe von links nach rechts: Blaska Brechel, Diетlind Tessin, Claudia Wiebusch (stv. Vorsitzende), Manfred Becker (Vorsitzender), Reimund Peter, Kurt Hemmerlein (stv. Vorsitzender), – sitzend von links nach rechts: Christian Kind (stv. BVV-Vorsteher), Teodora Gionova-Busch, Marianne Nedwed, Bärbel Röben, Peter Müller, Stefanie Jammrath (fehlt).

WASG sind BVV-Neulinge. CDU und FDP sehen sich gestutzt. Desgleichen die Linkspartei.PDS, wenn auch auf hohem Niveau von 32 auf 23 bei Verlust ihrer absoluten Mehrheit. Dabei ist sie mit einem blauen Auge davon gekommen, denn lediglich etwa 130 Stimmen mehr für die CDU und diese hätte einen sechsten Sitz in der BVV erlangt und damit auch einen Stadtratsposten zu Lasten der PDS! Wir 17 Sozialdemokraten traten mit

Fortsetzung von Seite 1

Vorbereitung und Realisierung des IKEA-Projektes an der Landsberger Allee. (4) Gemeinsame Klärung verkehrspolitischer Erfordernisse im Süden Lichtenbergs. (5) Planungsrechtliche Sicherung der Trabrennbahn Karlshorst. (6) Schrittweise Umsetzung der Lärminderungsplanung. (7) Stadtbau Ost (Konzentration der Mittel und Verkürzung der Bauzeiten). (8) Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement. (9) Kulturhaus Karlshorst.

Außerdem werden als gemeinsame politische Initiativen festgelegt die **Fortführung des Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz, gegen Rechts-Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** sowie eine Zukunftskonferenz Weitlingkiez.

Ferner verpflichteten sich beide Seiten zu regelmäßiger Konsultation und Abstimmung zwischen den Fraktionsvorständen im Vorfeld der BVV-Sitzungen, zu halbjährlicher Überprüfung der Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen in gemeinsamen Beratungen der Partei- und Fraktionsvorstände sowie zur Sicherstellung, dass alle Kandidaten beider Seiten gewählt werden.

Veränderter Umgang mit der Linkspartei.PDS

In der vergangenen Amtsperiode besaß die Linkspartei.PDS in der BVV die absolute Mehrheit und von daher ein derart gesteigertes Selbstbewusstsein, dass sie sich angewöhnte, den Bezirk Lichtenberg als ihr Eigentum zu betrachten. Dadurch sahen sich alle anderen Parteien automatisch in einer Oppositionsrolle, und Konfrontation war häufig die bestimmende Umgangsweise. Einigen von uns hat das geradezu Spaß gemacht. Freilich durfte sich unser Vorgehen nicht darin erschöpfen; schließlich wollten wir ja hin und wieder das Eine oder Andere durchbringen.

Nun haben wir eine veränderte Situation. Die Linkspartei.PDS musste von einer Bezirkspolitik à la Gutsherrenart Abschied nehmen und sich angewöhnen, mit uns auf gleicher Augenhöhe umzugehen. Dieser Prozess ist noch im Gange, doch haben einige Fraktionsmitglieder der Linkspartei.PDS zu einer ungeahnten Freundlichkeit gefunden, und das Bemühen, die Vereinbarung mit uns zu erfüllen, ist deutlich erkennbar. Nagelproben waren in der konstituierenden Sitzung der BVV die Wahlen zum Vorstand

Funktionen der Fraktionsmitglieder in der BVV

Manfred Becker – Ältestenrat, Ausschuss für Haushalt/Personal/Verwaltungsmodernisierung (Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Kultur
Blashka Brechel – Vorstand der BVV, Ausschuss für Soziales/Mieterinteressen (Stellv. Vorsitzende; Sprecherin der SPD-Fraktion), Ausschuss für Gleichstellung/Integration (Schriftführerin)
Gerrit Deutschmann – Ausschuss für Rechnungsprüfung (Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Haushalt/Personal/Verwaltungsmodernisierung
Jutta Feige – Ausschuss für Gleichstellung/Integration (Stellv. Vorsitzende; Sprecherin der SPD-Fraktion), Ausschuss für Kultur
Teodora Gionova-Busch – Ausschuss für Bildung, Ausschuss für Gleichstellung/Integration
Erik Gührs – Ausschuss für Haushalt/Personal/Verwaltungsmodernisierung, Ausschuss für Jugendhilfe
Kurt Hemmerlein – Ausschuss für Jugendhilfe (Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Geschäftsordnung/Eingaben (Stellv. Schriftführer)
Stefanie Jammrath – Ausschuss für Soziales/Mieterinteressen, Ausschuss für Umwelt/Gesundheit
Christian Kind – Stellv. Vorsteher der BVV, Ältestenrat, Ausschuss für Stadtentwicklung/Bauen/Verkehr (Stellv. Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss f. Haush./Pers./Verw. (Stv. Schriftführer)
Ole Kreins – Ausschuss für Stadtentwicklung, Ausschuss für Wirtschaft/Arbeit
Dirk Liebe – Ausschuss für Geschäftsordnung/Eingaben (Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Bildung (Stellv. Schriftführer)
Peter Müller – Ausschuss für Wirtschaft/Arbeit (Schriftführer; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Umwelt/Gesundheit (Stellv. Schriftführer)
Marianne Nedwed – Ausschuss für Kultur (Stellv. Vorsitzende; Sprecherin der SPD-Fraktion), Ausschuss für Sport (Schriftführerin)
Reimund Peter – Ausschuss Umwelt/Gesundheit (Stellv. Vorsitzender; Sprecher der SPD-Fraktion), Ausschuss für Rechnungsprüfung (Stellv. Schriftführer), Jugendhilfeausschuss
Bärbel Röben – Ausschuss für Soziales/Mieterint. (Stellv. Schriftführerin), Ausschuss f. Stadtentwickl.
Dietlind Tessin – Ausschuss für Bildung (Stellv. Vorsitzende; Sprecherin der SPD-Fraktion), Ausschuss für Stadtentwicklung
Claudia Wiebusch – Ausschuss f. Sport (Vors.; Spr. der SPD-Fraktion), Ausschuss f. Wirtschaft/Arbeit

und zum Bezirksamt. Die Kandidaten beider Seiten erhielten auf Anhieb die erforderlichen Mehrheiten, wenngleich die Fraktion der Linkspartei.PDS eine Auszeit benötigte, um noch einmal „eingeschworen“ zu werden.

Der Abschluss der Vereinbarung mit der PDS bedeutet für unsere Fraktion Zusammenarbeit statt Konfrontation und vielfach abgesprochenes gemeinsames Vorgehen, gemeinsame Initiativen. Was den Wetteifer um die besseren Ideen nicht ausschließt. Gewissermaßen **sind wir jetzt auch Regierungspartei in Lichtenberg** mit erhöhter Verantwortung für den Bezirk. Mancher von uns wird deshalb Rededuelle mit der Linkspartei vermissen, die uns als Lieblingsgegner abhanden gekommen ist. Aber es werden die Kleineren in der BVV sein, die sich automatisch als Opposition fühlen und ihrerseits die Konfrontation suchen werden, auch uns gegenüber. Das hat als Erste die CDU verinnerlicht und davon Kostproben abgeliefert. Aber Wortgefechte mit ihr haben wir auch früher gern geführt.

Ein Wort zur NPD in der BVV

Nichts hatte uns, wie alle demokratischen Parteien, vor der Konstituierung der BVV so sehr beschäftigt wie der Einzug der

NPD. Das war wichtig und richtig. Viele gute Ratschläge haben wir bekommen. Nicht alle erwiesen sich als hilfreich. Inzwischen haben wir die 3 NPDler kennen lernen können. Sie versuchen, mit einer Freundlichkeitsoffensive mit uns anderen in Kontakt zu kommen. Durch gewaltige Reden sind sie nicht aufgefallen. Alle demokratischen Parteien sind gut beraten, wenn sie die NPD nicht größer machen, als sie ist. Man lasse sie ihre Sprüche abliefern und reagiere entweder gar nicht oder möglichst nur mit einer, dann aber starken Gegenrede und nicht mit mehr. In dieser Art ist unsere Fraktion eindrucksvoll in Erscheinung getreten. Und die BVV hat als Ganze sich klugerweise ebenso verhalten.

Ein gelungener Start der Fraktion

In den bisherigen 3 BVV-Sitzungen konnten wir durch Anträge, Mündliche Anfragen und Debattenbeiträge nachdrücklich den Gang der Ereignisse und die Ergebnisse der Bezirksverordnetenversammlung mitbestimmen, ja entscheidend prägen. Beispielhaft sei hier unser Dringlichkeitsantrag zur Zunahme der Gewalt im Weitlingkiez erwähnt, den wir auf Seite 4 dokumentieren.

Allen Leserinnen und Lesern viel Glück und Gesundheit im Neuen Jahr 2007!

Wohin führt der Weg? – Thema Wirtschaft und Arbeit

von Ole Kreins, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Die Wirtschaftspolitik in Lichtenberg ist sicherlich eingeschränkt in ihren Möglichkeiten.

Wir können keine neuen Steuern einführen oder andere erlassen, wir müssen Bundes- und Landesgesetzgebung nicht nur befolgen, wir müssen sie sogar umsetzen und durchsetzen. Wir können keine Paragraphenschlinge lichten, in Lichtenberg stehen keine Millionenbeträge zur Wirtschaftsförderung zur Verfügung, auch können wir keine neuen Förderprogramme auflegen.

Und trotzdem gibt es **Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, um wirtschaftspolitisch aktiv zu sein.** Zwei Schwerpunkte lassen sich dabei herausstellen: die **Bestandspflege bestehender Unternehmen** zum Einen und eine **investorenfreundliche Neuan siedlungspolitik** zum Anderen. Zwei Schwerpunkte, die sich auch die Bezirksverwaltung und das Bezirksamt als Handlungsgrundlage gestellt haben.

Die SPD-Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung wollen die Arbeit der Behörden und ihrer politischen Führung kritisch und konstruktiv begleiten. Die Verwaltung muss Dienstleister und Problemlöser gleichzeitig sein. Die drei Ausschussmitglieder der SPD **Claudia Wiebusch, Peter Müller** und **Ole Kreins** haben dabei immer ein **offenes Ohr für die Gewerbetreibenden und ihre Problemlagen.**

Lichtenbergs wirtschaftliche Situation ist gekennzeichnet durch eine gute Mischung aus Handel, Wohnen und Gewerbe. Der alte Industriebezirk Lichtenberg hat seit 1990 viel von seinen industriellen Potenzialen eingebüßt, es stehen Gewerbe- und Industrieflächen leer. Für die eine oder andere Neuan siedlung wäre Platz vorhanden. Unternehmer, die nach Lichtenberg kommen und hier investieren wollen, sollten die Verwaltungsleistung aus einer Hand bekommen, eine Behörde für so ziemlich alle Genehmigungen und Bescheinigungen, die gebraucht werden, um

unternehmerisch tätig zu werden. Als Instrumente der Bestandspflege müssen wir sowohl bei Einzelhandelsstandorten, als auch bei Gewerbestandorten auf eine Standortprofilierung setzen, zudem sollten wir die Unternehmer in die Lage versetzen, Netzwerke zu bilden und Partner für ihr wirtschaftliches Arbeiten zu finden. Gleichzeitig **müssen die derzeitigen Projekte (z.B. Kampagne Berlin Eastside oder das Regionalmanagement Lichtenberg) auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.** Nur effektiv eingesetzte Mittel sind in Zeiten von allgemeinen Haushaltsnöten sinnvoll und verantwortlich.

Der Ausschuss beschäftigt sich allerdings auch mit Arbeitsmarktpolitik, soweit die Politik in Lichtenberg Einfluss auf die Beschäftigungspolitik haben kann. Die Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion **Claudia Wiebusch, Peter Müller** und **Ole Kreins** begrüßen, dass das Thema Arbeit aus dem Sozialausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ausgegliedert worden ist und die Beschäftigungspolitik somit wieder an Bedeutung gewinnt.

Als zwei typische kommunalpolitische Projekte gehören die **Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit (BBWA)** und die **Trägervertretung der Arge im Job-Center** zu den spezifischen Aufgabenbereichen des Ausschusses Wirtschaft und Arbeit. Gerade beim Bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA), bei dem die verschiedensten Projekte mit nicht unerheblichen Mitteln gefördert werden, lohnt es sich, einen genaueren Blick hinzuwerfen. Effektiver Mitteleinsatz und Kontrolle der Nachhaltigkeit der verschiedenen Maßnahmen im Rahmen des BBWA gehören zu den Aufgaben der Ausschussmitglieder. Beim zweiten arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktthema handelt es sich um das Job-Center. In dessen Trägervertretung sitzt **das für Arbeit zuständige Mitglied des Bezirksamtes Kerstin Beurich (SPD).** Sie muss im Jobcenter die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik kontrollieren. Die

SPD-Lichtenberg hat in ihrem Kommunalwahlprogramm gefordert, dass **kein Jugendlicher unter 25 Jahren länger als 6 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)** bleiben soll. Dabei hat für alle die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt Priorität. Wir wollen die Umsetzung unserer Forderung kontrollieren und die Verwaltung zu zeitgemäßen Projekten anregen. Wir wollen verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Schulen, dem Job-Center und der Berufsberatung im Arbeitsamt zur besseren und frühzeitigen Vermittlung in Ausbildung und Arbeit anregen. **Lichtenberger Unternehmen müssen weiterhin ihre Verantwortung in Sachen Ausbildung wahrnehmen.**

Die drei Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion stellen sich vor:

Peter Müller, 56 Jahre, selbstständiger Journalist und Werbeberater, wohnt in Alt-Hohenschönhausen. Er ist mitverantwortlich für die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD-Lichtenberg. Peter Müller ist Schriftführer im Wirtschaftsausschuss und **Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.**

Claudia Wiebusch ist 46 Jahre jung und leitet derzeit das Abgeordnetenbüro von Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie war selbstständige Projektentwicklerin und ist im Arbeitskreis Wirtschaft in der SPD-Lichtenberg tätig.

Ole Kreins, 27 Jahre, studiert Politikwissenschaften an der Universität Potsdam. Beruflich ist er Fördermittelberater und Betriebsrat. Ole Kreins ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD, die gewerkschaftsnah sich um die Belange der Arbeitnehmer kümmert.

Welche Aufgaben warten im Jugendhilfeausschuss in der neuen Wahlperiode?

von Kurt Hemmerlein, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg
und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses der BVV Lichtenberg

Aus der seit langem anhaltenden Diskussion über steigende Jugendgewalt wird deutlich, dass die Probleme bei Kindern und Jugendlichen nicht abnehmen, sondern eher ansteigende Tendenz aufweisen.

Gleichzeitig steigt auch die Finanznot für Projekte der Jugendarbeit. Hier wird das größte Problemfeld in der zukünftigen Arbeit deutlich. Ein möglicher Ansatzpunkt könnte sein, die Projekte stärker auf ihre Effizienz zu prüfen und einzuschätzen, wie sie den Anforderungen in den jeweiligen Sozialräumen entsprechen. Ein Anfang dafür wurde bereits vor mehreren Jahren gemacht, als **Kriterien für die Bewertung solcher Projekte der Jugendhilfe** erarbeitet wurden und diese dann von externen Fachleuten eingeschätzt werden sollten. Beim „sollten“ blieb es aber, da bisher **kein geeigneter Partner für diese Aufgabe** gefunden wurde. Hier bieten sich also Anknüpfungsmöglichkeiten. In diese Überlegungen sollten alle Einrichtungen,

unabhängig von ihrer Trägerschaft, einbezogen werden.

Die bisher angedachte **Übertragung kommunaler Jugendfreizeiteinrichtungen an Freie Träger** könnte ein Weg sein, um Kosten einzusparen. Aber die Vorteile müssen aus meiner Sicht über die finanziellen Aspekte hinausgehen. Eigentlich müssten ja diese kommunalen Einrichtungen besonders schnell auf neue Erfordernisse reagieren können, da sie ja dem Amt direkt unterstellt sind. Auch Einsparmöglichkeiten sollten hier am schnellsten erkennbar und die Effizienz damit sehr hoch sein.

Eine Möglichkeit langfristig mehr Jugendlichen eine Betätigungsmöglichkeit bzw. Anlaufstelle zu bieten kann auch die **Förderung selbstverwalteter Einrichtungen** sein. Bisher gab es in dem Bereich die Schwierigkeit, dazu bereite Jugendliche und dafür geeignete Räumlichkeiten in Einklang zu bringen, d.h. in den Sozialräumen, in denen sich Jugendliche zusammengefunden haben

um ihre Freizeit eigenverantwortlich zu gestalten und damit auch anderen einen Anlaufpunkt zu bieten gibt es keine geeigneten Räume. Und wo es Räume gäbe, gibt es (bisher) keine entsprechenden Initiativen... Ein weiteres Feld werden sicher auch wieder die **Hilfen zur Erziehung** darstellen. Ein Thema, das uns auch in den vergangenen Jahren beschäftigte. Auch hier steigt einerseits der Bedarf an diesen Hilfen durch stärker werdende Probleme in den Familien und im sozialen Umfeld, andererseits gilt es, pauschale Kürzungen auch in diesem Bereich auszugleichen.

Diese und viele weitere kleinere Probleme werden nur zu lösen sein, wenn alle Beteiligten offen und ehrlich miteinander umgehen. Dem werden sich die Mitglieder der SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss - **Erik Gührs, Reimund Peter** und **Kurt Hemmerlein** - sicher nicht verschließen. Wir werden sehen, wie das insgesamt gelingt und zu gegebener Zeit darüber berichten.

Gewalt zwischen Rechts- und Linksextremen im Weitlingkiez verurteilt!

Die SPD-Fraktion Lichtenberg hatte folgenden Dringlichkeitsantrag in die BVV am 14.12.06 eingebracht: „Die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg ist äußerst besorgt über die Eskalation der Gewalt, die der Kiez rund um die Weitlingstraße in den letzten Wochen und Monaten erfahren musste und verurteilt die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen aufschärfste. Die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg erkennt nicht, dass diese politisch motivierte Gewalt ihren Anfang in wiederholten Angriffen Rechtsextremer gefunden hat und teilweise auch von außen in das Gebiet hineingetragen wurde. Allerdings darf der verständliche Zorn über diese Gewalttaten nicht dazu führen, dass nun mit gleichen Mitteln darauf reagiert wird. Das Ausüben von Gewalt – gleich von wem – ist völlig

inakzeptabel. Das Gewaltmonopol zur Ahndung solcher Straftaten liegt allein bei unserem demokratischen Rechtsstaat. Die stärkere Präsenz der Polizei vor Ort wird deshalb ausdrücklich begrüßt. Die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg ermutigt die Bürgerinnen und Bürger des Weitlingkieses, es nicht zuzulassen, dass ihr Wohngebiet immer mehr zum Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen wird. Darüber hinaus sind alle demokratischen Kräfte im Bezirk Lichtenberg und in ganz Berlin aufgerufen, die Menschen rund um die Weitlingstraße nicht allein zu lassen und zivilgesellschaftliches Engagement zu zeigen. Vordringlich ist es deshalb, Mittel für die Stadtteilarbeit vorerst im Weitlingkiez zu konzentrieren. Nur so kann die Problematik mit zivilgesellschaftlichen Mitteln langfristig in den

Griff bekommen werden. Lichtenberg ist ein weltoffener kinder-, familien-, und migrantenfreundlicher Bezirk. Die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg wird mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dafür Sorge tragen, dass alle friedliebenden Menschen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion sich weiterhin in unserem Bezirk wohl fühlen können.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, Linkspartei, PDS, CDU, Grünen, WASG und FDP beschlossen. Die NPD stimmte dagegen. Dazu erklärte **Manfred Becker**, Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg: „Die jüngsten Vorkommnisse im Weitlingkiez erforderten eine deutlich vernehmbare Äußerung der BVV. Angesichts der derzeitigen Intensität der Vorkommnisse hielten wir diese noch in der Dezember-Sitzung für dringend erforderlich.“ **bs**